

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Preis des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weiteste Verbreitung und werden die halbpaltrone Nonpareilgröße oder deren Raum mit 80 Pfg. die Zeilenbreite mit Mk. 2.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gestillter Verbreitung 10% jeztlicher Rabatt fort.

Gründet 1878. Druck und Verlag: Mäller'sche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gründet 1878.

Nr. 134 Nastätten, Samstag, den 12. November 1921 44. Jahrgang

Was not tut.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen, daß eine wirkliche Besserung in der finanziellen und wirtschaftlichen Weltlage nur durch eine Milderung der deutschen Reparationsverpflichtungen erzielt werden kann. Diese Anschauung wird jetzt auch von immer mehr Autoritäten in den Entente-Ländern vertreten. Eine Folge dieser Einsicht in London und in New York ist allerdings auch gewesen, daß man es dort abgelehnt hat, uns ohne weiteres Anleihe-Kredite zu gewähren. Deutschland soll erst einen festen Wirtschaftsplan vorlegen, an dem unbedingt festgehalten werden muß.

Mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages kann es nicht so wie bisher weitergehen, der Strich durch einen Teil der Reichsschulden muß über kurz oder lang erfolgen, aber mit unserer Finanzwirtschaft kann es auch nicht so weiter gehen. Sparlichkeit von größter Energie und dann Preisabbau von gleicher Kraft sind unbedingt nötig. Es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, daß unsere Ausgaben viel schneller wachsen, als die Steuern, daß die Belster, welche die Steuern einbringen sollen, schon im Voraus verausgabt sind. Einem Staat, der solche Wirtschaft duldet, sorgt niemand etwas. Wenn auch die Hauptschuld bei dem Ultimatum liegt, wir müssen doch den Willen zur festen Wirtschaft nicht nur aussprechen, sondern auch durch die Tat beweisen. Was nicht lobt, muß beseitigt werden. Das klingt hart, aber es ist Notwendigkeit, sonst fällt alles dem Debacle zum Opfer.

Die deutsche Industrie hat diese Forderung der Sparlichkeit und der Beseitigung des Zwanges für das Wirtschaftsleben als Vorbildung für den Abschluß einer Anleihe mit dem Auslande aufgestellt, weil sie weiß, daß diese ihre Anleihebemühungen resultatlos bleiben werden, wenn die Regierung keine neuen Bahnen einschlägt. Eine Erfassung der Sachwerte schade uns mehr, als sie nützt, denn sie verringert nur die deutsche Kreditwürdigkeit. Vermehrung der Produktion ist das Zeichen, in dem wir siegen werden, nicht die Besteuerung des Nationalvermögens, von dem nach den gemachten Erfahrungen nur die Ehrlichen betroffen werden, während die anderen sich in fruchtlosen Lachen würden. Von theoretischen Prinzipien lebt kein Volk, sondern von tatsächlichen Leistungen und Erfolgen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß dem deutschen Steuerfiskus Milliarden durch die Wappen gegangen sind und trotz aller Steuerfluchtgehe noch gehen. Statt sich am produktiven deutschen Wiederaufbau zu beteiligen, wird an der Börse spekuliert in einer Weise, daß es zum Skandal geworden ist. Das ist überaus bedauerlich. Sollte ein anderer Weg eingeschlagen und alle Beschränkung des Wirtschaftslebens beseitigt werden, damit das Geld wieder aus seinen Schlupfwinkeln hervorkommt?

Freie Tätigkeit im Volke, allerstrengste Sparlichkeit in der Regierung, das ist der Zauberstab, der uns Vertrauen bringt.

Polnische Räuberpolitik.

Deutscher Protest gegen die Austreibung deutscher Ansiedler aus Neupolen.

Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der es heißt:

Das polnische Ansiedlungsamt in Polen hat am 19. Oktober etwa 1000 deutschstämmigen Ansiedlern, die in den von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteilen ansässig sind, amtlich mitgeteilt, daß sie bis zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen haben. Im Belagerungsstille wird ihnen Ermittlungsaklage angedroht.

Entsetzt so das Vorgehen Polens gegen die erwähnten Ansiedler jeder Rechtsgrundlage, so darf die deutsche Regierung ebenso die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die beispiellose Härte lenken, die darin liegt, tausend deutsche Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen. Wo und wie für diese Familien in so kurzer Frist bei den schlechten Wohnungs- und Unterbringungsverhältnissen, die in Polen ebenso wie in Deutschland bestehen, und deshalb der polnischen Regierung genau bekannt sind, Unterkunft geschaffen werden soll, ist einstweilen gar nicht abzusehen.

Daß die vertriebenen Familien außerdem eine schwere Einbuße an ihrem Privateigentum zu befürchten haben, ist nach den Maßnahmen, die die polnische

Regierung gegen das Privateigentum der Domänenpächter getroffen hat, und die einer einfachen Wegnahme von Privateigentum gleichkommen, leider anzunehmen.

Die deutsche Regierung legt gegen dieses unerhört grausame, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der polnischen Regierung den schärfsten Einspruch ein und bittet die Botschafterkonferenz dringend, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, daß sie von diesen Maßnahmen absieht.

Deutschlands Einkreisung.

Die tschechisch-polnische Entente.

Zwischen Benesch, dem tschechischen Ministerpräsidenten, und Skrzimunt, dem polnischen Außenminister, ist jetzt in Prag ein Handelsvertrag und ein politisches Abkommen abgeschlossen, das besonders für uns Deutsche von größtem Interesse sein sollte. Angeblich soll es vor allem zukünftige Konflikte zwischen den beiden Ländern ausschalten und der Durchführung der Friederungsverträge dienen. Wenn Benesch auch behauptet, das Abkommen sei ein Werk des Friedens und richte sich gegen niemand, so wissen wir doch zu gut, daß es sich gegen Deutschland richtet — und auf Kosten Deutschlands zustande gekommen ist. Ein Rückblick auf das frühere Verhältnis der beiden Staaten zueinander zeigt das.

Noch vor weniger als einem Jahr war das Verhältnis zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei sehr gespannt. Die Tschechische Frage und andere boten starke Reibungsflächen. Benesch aber, der tschechische Außenminister, arbeitete zielbewußt auf eine Annäherung beider Länder hin. Das Mittel zum Ziel war für ihn die ober-schlesische Frage. Benesch wurde der Sekundant Polens. In der tschechischen Nationalversammlung bekannte er sich öffentlich zu dieser Politik: „Wir hoffen, es werde wieder slawisch werden, was einmal slawisch gewesen ist.“ Es ist keine Frage, daß die polenfreundliche Haltung Benesch's auf das Richterkollegium, in dem ein Chinese, ein Brasilianer und ein Belgier saßen, einen Eindruck machte. So ist es auch erklärlich, daß dieses Kollegium sich einen tschechischen Fachmann für die ober-schlesischen Wirtschaftsfragen verschrieb, wohl wissend, in welchem Sinne dieser plädieren würde.

Benesch's Politik wurde von den Polen begriffen. Vielleicht half ihnen hierzu noch ein sanfter Stolz von Seiten Frankreichs, das ein lebhaftes Interesse daran hat, daß der Kreis der Feinde um Deutschland möglichst fest geschlossen wird. Polen begriff so gut, wie die Genfer Völkerbundskommission die polnischen Pläne Benesch's begriff und für ihre polenfreundliche Entscheidung ausnutzte.

Die Tschechen müssen uns Deutsche für sehr naiv halten, wenn diese glauben, wir würden die so in die Augen fallenden Zusammenhänge zwischen der Politik Benesch's zur Entscheidung über Oberschlesien und dem jetzigen Besuche und Abkommen in Prag nicht sehen. Deutschland weiß auch, was die polnische Freundschaft für die Tschecho-Slowakei wirtschaftlich bedeutet. Benesch hat uns kein Geheimnis verraten, als er dem Berichterstatter des „Clair“ erklärte, Polen werde der Tschecho-Slowakei helfen, der wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands zu entgehen. Versuchen werden es die neuen Freunde mit Hilfe der ober-schlesischen Industrie. Deutschland wird aber gut tun, sich von gewissen Ueberschwenglichkeiten der Tschecho-Slowakei gegenüber endlich frei zu machen und nur rein wirtschaftliche und sachliche Erwägungen zur Richtschnur seiner Politik machen.

Einschränkung der Spekulation.

Ein Gesetzesentwurf über den Verkehr mit fremden Devisen.

Das schamlose Treiben der Börsenspekulation, die den Wert der deutschen Mark jetzt bereits auf 15 Pfennige herabdrückt, während ihr tatsächlicher Wert trotz unserer trostlosen Lage denn doch noch etwas höher ist, hat schließlich die Reichsregierung zu ersterem Einschreiten veranlaßt. Das Reichskabinett hat nämlich jetzt einem Gesetzesentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten zugestimmt, dessen Grundzüge folgende sind:

1. Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun ab an die Banken gebunden sein. Also nur

durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen- und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden.

2. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen.

3. Die Banken sind verpflichtet, über jedes abgeschlossene Devisen- oder ähnliche nach Höhe, Kurs usw. einen Schluschein auszustellen. Dieser Schluschein muß von den Banken dem betreffenden Finanzamt desjenigen, der ein Devisengeschäft eingegangen ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen dann ihrerseits die überwiesenen Schluscheine zu den Steuerakten.

Der Gesetzesentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Was wird Washington bringen?

Rein Grund für übertriebene Hoffnungen.

Der bisherige Reichsminister Dr. Rosen beschäftigt sich in einem längeren Vortrag in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit den Problemen, die der Washingtoner Abrüstungskonferenz zu Grunde liegen. Ueber die Erwartungen, die man deutscherseits dieser Konferenz entgegenbringt, äußert sich Dr. Rosen folgendermaßen:

„Was wird oder was kann die Washingtoner Konferenz Deutschland bringen? Wird sie ihm eine Erleichterung der Lasten bringen, unter denen es zusammenzubrechen droht?“

Es wäre falsch, von vornherein jede Hoffnung darauf aufzubauen; wir wollen auch nicht in diesem Augenblick aus dem Verlauf aller der bisherigen Zusammenkünfte der Siegermächte — Versailles, Paris, London, San Remo, Spaa, Gethse und Boulogne und wie die Stationen auf dem Leidenswege alle heißen mögen — den Schluß ziehen, daß auch die Washingtoner Konferenz nur Unheil bringen dürfte. Es besteht doch immerhin die Möglichkeit, daß die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika ganz niedergeschlagen oder doch wesentlich nachgelassen werden und daß in diesem Falle auch die deutschen Reparationsschulden an die Entente einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Aber wir wollen darum auch nicht auf Washington weitgehende Hoffnungen legen und uns einer Erwartung hingeben, wie sie vor der Konferenz von Spaa im Juli 1920 ein großer Teil des deutschen Volkes gehegt hat. Wir müssen daran denken, daß sich unter den Hauptteilnehmern der Konferenz Männer wie Koch, Briand und Valsour (der Vater der Genfer Entscheidung über Oberschlesien) befinden.

Da uns eine Einwirkung auf den Verlauf der Washingtoner Konferenz verlagert ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als wieder einmal abzuwarten, ohne Illusionen, aber auch ohne eine grundsätzliche Ablehnung der Stellungnahme. Eins nur ist sicher, daß, wenn der unter den Folgen des furchtbarsten aller Kriege leidenden Menschheit ein wirklicher Ausblick in bessere Zeit geboten werden soll, daß dann, wenn nicht der Geist der Versöhnung auf Seiten der Sieger, so doch wenigstens der Sinn für vernünftige und praktische Lösungen die Teilnehmer der Konferenz beherrschen muß.“

Briand und die französische Delegation sind Montag morgen in New York gelandet. Sie wurden von einer ungeheuren Menschenmenge stürmisch begrüßt.

Die Last der Besatzungskosten.

Keine wesentliche Herabsetzung.

Die interalliierte Kommission, die auf Grund des Beschlusses des Obersten Rates über die Herabsetzung der Besatzungskosten zu beraten hatte, hat jetzt durch Havas den Bericht über das „Ergebnis“ ihrer Beratungen veröffentlichten lassen.

Danach will die Kommission, nachdem sie auf der Grundlage des Okkupationsbestandes die Höhe der Ausgaben für das Besatzungsheer festgestellt hat, zu dem Ergebnis gekommen sein, daß die Kosten für das Jahr 1922 um 22 Millionen geringer seien, als für die vergangenen Jahre. Das würde gegen die Gesamtlasten nur eine minimale Ermäßigung bedeuten, die kaum ins Gewicht fällt.

Andererseits hat die Kommission verfügt, ein vollständiges Budget aufzustellen für die Zeitstunden, die Deutschland nach

dem Friedensvertrag zufallen. Es handelt sich hier um die Unterbringung der Mannschaften und Offiziere, um die Stellung von Licht und Heizung und den Transport der Truppen zu Wasser und zu Lande, ferner um die zu gewährenden Portofreiheit.

Verschiedene Vorschläge seien gemacht worden, um eine noch stärkere Verminderung der Kosten als die angekündigten zu erzielen, aber die verschiedenen Delegationen hätten zu keinem einheitlichen Beschluß kommen können. Infolgedessen sei ein Programm aufgestellt worden, das dem Obersten Rat „zur Annahme empfohlen“ wird, in dem allerdings nicht die zu erzielende Herabsetzung der Ausgaben beizifferiert ist, das aber betont, daß durch gemeinsame Anstrengungen ein Erfolg zu Gunsten der Reparationen erzielt werden müßte. Um zu einem derartigen Ergebnis zu gelangen, werde die Schaffung eines Ausschusses vorgeschlagen, der aus Vertretern der verschiedenen Besatzungsheere zusammengesetzt ist.

Die Quintessenz des ganzen Berichts ist also: Es ist nichts erreicht worden. Es werden zwar viele Worte gemacht, aber zu einem positiven Beschluß ist man nicht gekommen. Es bleibt also alles beim alten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. November.

Zunächst muß sich das Haus mit nicht weniger als 32 Kleinen Anfragen beschäftigen. Auf eine Anfrage Nieher (D. Sp.) über die Not der Kleinrentner erfolgt die Antwort, daß für diese in den Etat für 1921 rund 100 Millionen Mark eingestellt worden sind. Eine Erhöhung der Zuschüsse für Schwerbeschädigte und Hinterbliebene — Anfrage Bruhn (Dnt.) — ist beabsichtigt. Eine Vorlage zur Erhöhung der Beiträge der Altrentner der Sozialversicherung — Anfrage Meller-Prückau (Soz.) — ist dem Reichstag zugegangen. Zur Befreiung der in Kesself verurteilten ehemaligen Offiziere des Inf.-Reg. Nr. 56 sind diplomatische Schritte eingeleitet worden. Die Interpellation der Unabhängigen gegen das Fortbestehen von Selbstschutzorganisationen wird in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Es folgt dann die Fortsetzung der Steuerdebatte.

Als erster Redner spricht Reichswirtschaftsminister Schmidt, der sich zunächst gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Hergt wendet und dann auf die Devisenbeschaffung eingeht. Nach seinen Ausführungen sind im Mai dieses Jahres 264 und im Juni 228 Millionen Goldmark beschafft worden. Ein solcher Sturz der Mark, wie es augenblicklich der Fall sei, sei nicht vor auszusehen gewesen.

Abg. Dr. Weder (D. Sp.) richtet scharfe Angriffe gegen den Staatssekretär Hirsch, der das Wort von dem „Fettpolster der Devisen“ geprägt habe. Und jetzt werfe man dem Reichstag ein Bündel neuer Steuern hin ohne jede äußere oder innere Klammer.

Energisch verlangt der Redner eine Verminderung der unnötig hohen Zahl der Beamten. Wie gewirtschaftet werde, ersehe man daraus, daß bei der Eisenbahn im Jahre 1913 740 000 Beamte und Arbeiter vorhanden waren, 1919 aber 1 132 000. Der Abgeordnete Hergt von den Unabhängigen polemisiert dann in der bekannnten Weise gegen die Rechtsparteien und namentlich gegen den Abgeordneten Dr. Helfferich, worauf die Rechte mit lebhaften Zwischenrufen antwortet.

Der Redner verlangt sofortige Einziehung des Reichsnotopfers und der ausstehenden Steuern. Der derzeitige Finanzminister ist lediglih nach seinen eigenen Taten zu beurteilen. Die unabhängige Sozialdemokratie hält die Reparationsverpflichtungen für überaus drückend, aber zum Nachweis der Unerfüllbarkeit dieser Forderungen muß Deutschland den Willen zur Leistung klar erkennen lassen.

Nach der mehrstündigen Rede des unabhängigen Abgeordneten meldet sich der derzeitige Verweiser des Reichsfinanzministeriums Dr. Herms zum Wort, um die Vorwürfe des Mehrheitssozialisten Braun zurückzuweisen. Das frühere Kabinett habe die Vorlagen genehmigt, und auch dem Reichstag hätten sie vorgelegen, bevor der Minister sie eingebracht habe. Der Minister weist dann noch einmal auf seine Erklärung hin, daß er die Erfüllung der Ententeforderungen für unmöglich halte, trotzdem müsse man jedoch den Willen zeigen, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Was die nächste Reparationszahlung an- betrifft, so kann der Minister mitteilen, daß die am 15. November fällige Rate in Höhe von 75 Millionen Goldmark abgegolten ist, während über die Abdeckung der nächsten Rate vom 15. Januar noch keine Uebereinstimmung mit dem Garantiekomitee erzielt werden konnte.

Ein Verabredungsantrag des Komministen Koenen findet nicht genügende Unterstützung, so erscheint sein Fraktionskollege Böcklein, mit lautem Hallo begrüßt, auf der Rednertribüne und hält eine endlose Kampfsprache gegen die Steuervorlagen, die er eine Verhöhnung der Arbeiterklasse nennt und als Raubbau an der deutschen Kraft bezeichnet.

Deutsches Reich.

Der Reichshaushaltsplan für 1922 ist jetzt in seinen Grundzügen soweit festgestellt, daß man bereits überleben kann, daß wieder große Fehlbeträge zu verzeichnen sind. Der Etat soll dem Reichstag im Januar zugehen.

Die Steuerentwürfe im Reichstag. Die zahlreichen neuen Steuerentwürfe, die jetzt dem Reichstag vorliegen, sollen nach Abschluß der Steuer-Debatte zwei Ausschüssen überwiesen werden, und zwar die Besitzsteuern dem Steuerauschuß und die Verbrauchssteuern einem Sonderauschuß. Diese beiden Sonderauschüsse werden wieder Unterausschüsse bilden. Trotzdem glaubt man nicht, daß man schon bis Weihnachten die Beratungen als abgeschlossen haben wird.

Der Marksturz in englischer Besetzung. Die Londoner Blätter besaßen sich sämtlich eingehend mit dem Sturz der Mark. Die Times schreibt in ihrem Finanzteil, es bestehe kein Zweifel daran, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten sei. In einem Leitartikel sagt das Blatt: Man behauptet, daß die Reparationen schuld an dem Zusammenbruch der Mark sein. Wenn sie auch dazu beitragen, so seien sie doch nicht der einzige Grund, was durch die Tatsache bewiesen werde, daß ganz abgesehen von den Reparationen, das deutsche Budget ein Defizit aufweise. Für den Augenblick sei es Aufgabe der Alliierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Annuitäten bezahle, und zuzusehen, daß Deutschland die notwendigen Schritte tue, um die ausländischen Werte zu erhalten, die für die Zahlung erforderlich seien. — Westminster Gazette tritt für die Streichung der Reparationen ein. Es sei dringend notwendig, daß sich die öffentliche Meinung Geltung verschaffe und gegen den Bankrott ein Veto erhebe.

Anrufung des Völkerbundes. Dem Völkerbundsrat ist in der Note vom 20. Oktober 1921 die Prüfung aller Petitionen vorbehalten worden, in denen eine Verletzung des zwischen den Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen sog. Minoritätenvertrages behauptet wird. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, die von der polnischen Regierung im Widerspruch zum Friedensvertrage in den Provinzen Polen und Pomerellen jüngst angeordneten Liquidationen vor ein internationales Forum zu bringen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat sich der aus der Ostmarkenpolitik bekannte Rittergutsbesitzer Heinrich v. Tiedemann nunmehr, nachdem ihm ein Liquidationsbeschluss zugestellt wurde, durch seinen Rechtsbeistand nach Genf an den Völkerbund gewandt. Er hat gleichzeitig die Botschafterkonferenz in Paris und die Vertreter der Garantiemächte des Minoritätenvertrages von den durch die polnische Regierung begangenen Vertragsverletzungen in Kenntnis gesetzt.

Die Forderungen der deutschen Städte. Der Vorsitzende des Deutschen Städtebundes, Oberbürgermeister Dr. Doeberlin, erklärte, daß auf der bevorstehenden deutschen Städtekonferenz die finanzielle Reichshilfe für die Stadtwaltungen erörtert werden müsse. Die bisherige Verweigerung der Reichshilfe sei auf das teilweise Verfehlen der Organisation der Reichsfinanzverwaltung zurückzuführen. Letzten Endes sei die städtische Notlage aber auf die Ententeforderungen zurückzuführen.

Die Auszahlung der erhöhten Beamtengehälter. In einer Besprechung der preussischen Landtagsfraktionen über die in Aussicht genommene Teuerungszulage für die Beamten ufm. wurde festgestellt, daß die Angelegenheit damit derartig besleuntigt worden ist, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter sofort erfolgen kann, nachdem Reichstag und Landtag ihre Zustimmung ausgesprochen haben. Bis Ende dieser Woche dürfte dies geschehen sein. Am Preussischen Staatsrat wurden die Gehaltsentwürfe über Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Staatsbeamten und Lehrer nach den Vorschlägen der Regierung unverändert angenommen.

22 000 Mark Steuerlasten für jede deutsche Familie jährlich, so berechnet der frühere Reichsfinanzminister Dernburg die heutige deutsche Finanzlage, wenn die Bedingungen des Ultimatums, die nach dem heutigen Kurse der Mark etwa 7000 Milliarden Papiermark ausmachen, unverändert in Kraft bleiben würden. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß es ganz und gar unmöglich ist, diese Steuermengen Jahr für Jahr aufzubringen.

Die Deutschen in Elsaß-Lothringen. Wie die „Kehler Zeitung“ berichtet, ist die Zahl der Deutschen, die in Elsaß-Lothringen naturalisiert wurden, auf 30 000 anwach-

sen, davon 20 000 in Lothringen und 10 000 im Elsaß. Dazu kommen noch 80 000 Deutsche, die ihre Naturalisation beantragen könnten. Insgesamt befinden sich also noch 110 000 Deutsche in Elsaß-Lothringen.

Die Reparationskommission in Berlin. Die Reparationskommission ist am Dienstag von Paris abgereist und Mittwochabend in Berlin eingetroffen. Außer den fünf Hauptdelegierten — Dubois-Frankreich, Brabury-England, Wooden-Amerika, Salvato-Magali-Italien und Delacoez-Belgien — nehmen noch deren Stellvertreter und eine Anzahl Sachverständiger teil. Diese Reise gibt natürlich zu allerhand wilden Gerüchten Anlaß. So behauptet „New York Herald“, die Kommission werde in Berlin die sofortige Vergabe eines Vorkusses von 200 bis 300 Millionen Goldmark auf die Januarrate fordern. Da Deutschland vor dem 1. Januar überhaupt nichts schuldet und dann auch nicht mehr 300 Millionen, so erscheint diese Behauptung recht unglauwürdig. Bemerkenswerter ist der soeben in London veröffentlichte Bericht des englischen Mitgliedes der Kommission über das Wiesbadener Abkommen. Das Abkommen wird von dem Engländer heftig angegriffen und er erklärt, daß England und Italien Garantien fordern werden gegen die Methode Deutschlands, sich neue Lasten aufzubürden, während sie die alten nicht leiten zu können behauptet, und die jedenfalls seine Verpflichtungen gegen die anderen Alliierten gefährden.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 ist die „Mecklenburger Umschau“ (Rostock) für die Zeit vom 10. bis 20. November verboten worden.

Die sozialistische Mehrheit des sächsischen Landtages beschloß, die Regierung um ein Gesetz zu ersuchen, wonach der 9. November und der 1. Mai zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden.

Der thüringische Landtag hat die Aufhebung der Bußtage als gesetzliche Feiertage beschlossen. Als Uebergangsmassnahme soll auf Wunsch Urlaub für die Lehrer und Schüler zum Kirchenbesuch gewährt werden.

Zum deutschen Gesandten in Finnland, Dr. Wallrot, ernannt worden. Der bisherige deutsche Geschäftsführer v. Radowig erhält einen anderen Posten.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold hat sich nach Berlin begeben, um mit den zuständigen Reichsstellen über die durch die Teuerung akut gewordenen Fragen, sowie auch über die Kräfte der Lebensmittelversorgung Bayerns Rücksprache zu nehmen.

Die Firma Benz u. Co. in Mannheim hat infolge fortgesetzter Demonstrationen der Arbeiterschaft den Betrieb der Automobilfabrik in Eugenbergr stillgelegt und die Arbeiter entlassen.

Der nächstjährige große Reichslandtag wird in Hannover stattfinden. Die bisherigen Generalversammlungen fanden bekanntlich in Berlin im Zirkus Busch statt.

Ausland.

Die polnische Regierung richtete an die Sowjetregierung eine neue verstärkte Note, in der sie unverzügliche Erfüllung aller russischen Verbindlichkeiten aus dem Rigaer Vertrag verlangt.

Englische Blätter melden, daß die Großmächte und die kleine Entente sich über das Verfahren bei der Entwaffnung Ungarns geeinigt haben.

Die Sowjetregierung hat in einer Note an die Großmächte gegen den Ausschluß Russlands von der Washingtoner Konferenz sehr energisch protestiert.

Die portugiesische Regierung hat ihr Einverständnis zur Internierung des Exkönigs Karl und seiner Familie auf der Insel Madeira erteilt. In Funchal sind die notwendigen Vorbereitungen getroffen worden.

Die japanischen Behörden vermuten aus Anlaß der Ermordung des Ministerpräsidenten Hara, daß eine Verschwörung vorhanden gewesen sei.

Dienstag ist der Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Amerika formell ratifiziert worden.

Der neuernannte bulgarische Geschäftsträger in Berlin, Pomenoff, hat dem Reichskonsler Dr. Birch in dessen Namen die Bescheinigung über die Ausweisung seines Beglaubigungsschreibens übergeben.

Die Sowjetregierung hat zum 20. Dezember den 9. Altrussischen Rätekongreß anberaumt.

Der Aufstand in der Ukraine gegen die Sowjetmacht breitet sich weiter aus.

Der serbische Ministerpräsident Patschitch hat dem König seine Demission überreicht, die nicht angenommen wurde.

Nach Blättermeldungen soll eine Einigung mit den Sinnfein-Delegierten auf der Basis eines dem Vereinigten britischen Königreich angegliederten Irlands nahezu vollständig sein. Die Entscheidung, die nunmehr bei Ulster liegt, steht indessen noch aus und sei überdies noch zweifelhaft.

Heimatliches.

Rastätten, 11. November 1921.

Einweihung der landwirtschaftlichen Schule in Rastätten. Die landwirtschaftliche Schule wurde am Donnerstag unter zahlreicher Beteiligung

der verschiedenen Bevölkerungskreise eröffnet. Der neue Direktor der Anstalt, Herr Schmitt, ergriff zuerst das Wort, und entrollte ein Bild über die Entwicklung der Schule in den nunmehr 13 Jahren ihres Bestehens. Die bei Gründung der Schule verfolgten Ziele und Zwecke sind voll erreicht worden, und hat die landwirtschaftliche Bevölkerung richtiges Verständnis für die Aufgaben der Schule gezeigt. Mit der fortschreitenden Entwicklung sah sich die Landwirtschaftskammer gezwungen, weitere Räumlichkeiten zu schaffen und mußte deshalb dazu übergehen, ein eigenes Schulgebäude zu errichten. Es ist das erste Gebäude dieser Art, das die Landwirtschaftskammer für Nassau hat errichten lassen. Herr Direktor Schmitt versprach, die Schule in bisheriger Sinne zu leiten und zu fördern. Für die Verwirklichung des gesteckten Zieles dankte er noch allen Mitarbeitern, besonders der Landwirtschaftskammer, der Kreisbehörde, der Verwaltung der Stadt Rastätten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die landwirtschaftliche Schule ihre Aufgabe erfüllen werde. In ähnlichem Sinne sprach auch Herr Landrat Newöhner. Herr Bürgermeister Wasserloos hieß die neuen Lehrkräfte, Herrn Direktor Schmitt und Herrn Landwirtschaftslehrer Wagner, sowie Fr. Roggenbach willkommen und widmete dem nach Langenschwalbach versetzten Herrn Direktor Klod Worte des Dankes für seine Tätigkeit an der Schule. In seiner weiteren Ansprache wies er auf die wichtige Stellung der Landwirtschaft in der jetzigen schweren Zeit hin und betonte, daß die Berufsausbildung der Landwirtschaftsjöhne und Landwirtschaftstochter heute eine zwingende Notwendigkeit sei. Nachdem noch Herr Bürgermeister Göller als Vertreter des 15. landw. Bezirksvereins und Herr Kreisvorsitzender Hell namens der Bauernschaft ihre Glückwünsche dargebracht hatten und ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen der Schule wünschten, schloß sich ein Rundgang durch die Anstaltsräume an. Inzwischen traf auch der Präsident der Landwirtschaftskammer, Herr Oekonomierat Bartmann-Lübcke ein und ergriff noch das Wort zu einer kurzen Ansprache. — Hoffen wir daß die landwirtschaftliche Schule und die Lehrkräfte dauernde Einrichtungen bleiben, zum Wohle und Segen des Einzelnen sowie der Allgemeinheit.

Der Martinstag (11. November) bringt leider auch in diesem Jahre die „gute, gebratene“ Gans noch nicht wieder auf den bürgerlichen Mittagstisch, die Preise sind zu hoch. An gemästeten Gänsen fehlt es nicht, und da nun auch die Haus-schlachtungen der Schweine beginnen, sind vielleicht doch in den nächsten Wochen eine beiseitende Preisänderung statt. Die belährte Generation kann sich noch des „Martinstagsgens“ erinnern, das eine Art von Karnevalstreiben im Herbst bedeutete, das aber ausartete und ein Einschreiten der heiligen Hermandad veranlaßte. Vor dem Kriege ist verschiedentlich eine Neubelebung versucht worden mit hübschen Maskeraden und Aufführungen. Heute ist es damit vorbei, denn es ist keine Zeit für fröhliches Singen und reichliche Dankesspenden. Der Zufall hat es gefügt, daß gerade am Martinstag, vormittags um 11 Uhr, 1918 die Feindesflaketen im Weltkrieg beendet worden sind.

Börsenverkehr. Die Notwendigkeit, den Börsenverkehr in Altien einzudämmen, hat viele, an Börsenplätzen angelegene Bankfirmen veranlaßt, eine Einschränkung hinsichtlich der Annahme von kleinen Börsenverträgen (bis zu 5000 Mark Nennwert) einzutreten zu lassen. Auch die Börsen-vorstände beschäftigen sich bereits mit ähnlichen Maßnahmen. Hierin liegt eine außerordentliche Gefahr für die Besitzer kleiner Aktienposten, denen hierdurch im Falle einer Rückwärtsbewegung der Kurse, die Gelegenheit zur rechtzeitigen Realisierung genommen würde. Diese Gefahr, sowie die Befürchtung, daß die Aufwärtsbewegung der Aktienkurse ihren Höhepunkt allmählich erreicht haben könnten, haben dazu geführt, daß sich wieder größeres Interesse für festverzinsliche Werte, insbesondere für Pfandbriefe und Landesbankschuldschreibungen, gezeigt hat. Die Kurse dieser Papiere haben merklich angezogen. Die Begründung hierfür liegt einmal in der besonders guten Fundierung dieser Papiere, deren Ausgabe sich der Hauptsache nach auf einstellige Hypotheken gründet, sodann in dem Zinsbeitrag, der heute den Ertrag der meist zu hohen Kuponen gestauten Aktien übersteigt. Daß das Interesse des Publikums sich diesen Werten wieder zuwendet, kann als ein erfreuliches Zeichen der Abkehr von dem in letzter Zeit stark ins Kraut geschossenen Börsentaumel angesehen werden.

2 Miehlen, 10. Nov. Um einen Kartoffel-dieb ausfindig zu machen, war gestern der Kreis-Polizeihund nach hier beordert worden, aber leider war dieses ohne Erfolg. — Wie verlautet erhält unser Ort auch eine Gendameriestation.

3 Ruppertshofen, 10. Nov. Der hiesige Turnverein beabsichtigt am kommenden Neujahrstage einen Theaterabend mit Ball zu veranstalten.

Wiesbaden, 10. Nov. Den ortsbloßen Tagelohn genöthlicher Tagelöhner (Ortslohn) hat das Oberversicherungsamt für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 1. Januar 1922 ab für Viebrich, Frankfurt a. M., höchst Stadt, Griesheim, Nied und Sossenheim, sowie Wiesbaden Stadt wie folgt festgesetzt: für männliche über 21 Jahre 35 Mark, weibliche 26 Mark, von 16 bis 21 Jahren männliche 28 Mark, weibliche 18 Mark, unter 16 Jahren männliche 20 Mark, weibliche 14 Mark; für Homburg, Wiesbaden

Land und höchst Land (mit Ausnahme der erwähnten Gemeinden Griesheim, Nied und Sossenheim) auf 30, 22, 25, 18 bzw. 12 Mark, für Diez, Dillenburg, Rönigsheim, Limburg, Montabaur, Radesheim, St. Goarshausen und Weilburg auf 28, 20, 21, 15 bzw. 10 Mark; für Biedenkopf, Langenschwalbach, Marienberg, Uffingen und Westerburg auf 22, 16, 18, 14 bzw. 12 Mark.

Vom Main, 9. Nov. Eine gelungene Grenzgeschichte ereignete sich in einem Mainort. Dort gaben sechs Kühe eines Landwirts plötzlich keinen Tropfen Milch mehr. Für die Ortsebewohner stand es fest, daß hier Heren ihre Hände im Spiel hatten. Die böse Here ist jetzt auch richtig in der Person einer Nachbarshau entdeckt worden, die dabei ertappt wurde, wie sie nachts die sämtlichen Kühe melkte.

Spd. Falkenstein, 10. Nov. Im Distrikt Rosert traf der Jagdpächter Bänder aus Frankfurt mit einem Wilderer zusammen, der auf Bänder sofort zwei Schüsse abgab und diesen dabei am Arm verletzete. Der Angegriffene erwiderte das Feuer und verletzete den Wildbich, der stürzte, dem Blutspuren zufolge, schwer. Der Wildbich der ermittelt wurde, stammt aus Fischbach.

Montabaur, 10. Nov. Der Antrag der Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. auf Herstellung eines Dienstgebäudes für das in Montabaur zu errichtende Betriebsamt gegen Ertragung des ungedeckten Ueberteuerungszuschusses von zirka 435 000 Mark (nach heutiger Berechnung das Doppelte) wurde von der Stadterordnetenversammlung einstimmig abgelehnt.

Vermischtes.

Das Sturmwetter der letzten Tage griff, von der Küste und von der Westgrenze ausgehend, auch nach Mittel- und Süddeutschland über, wo es an vielen Stellen verheerenden Schaden anrichtete. Im Rheinland wurde durch einen mehrtägigen orkanartigen Sturm fast überall der Fernsprech- und Telegraphenverkehr gestört, ja oft auch der Eisenbahnverkehr durch entwurzelte Bäume ufm. gehindert. In Mitteldeutschland verband sich mit dem Sturm meist ein wüster Schneestich. Am Sonntag früh waren von 300 Telegraphenlinien über Leipzig nur noch vier in Betrieb. In Meissen ist die Stromversorgung unterbrochen, so daß Stadt- und Landbezirk Meissen seit Sonnabend größtenteils ohne Licht sind. In Weinböhla wurde ein Eisenbahnbeamter durch den Sturm gegen einen vorüberfahrenden Zug geschleudert und getötet. Im Riesengebirge hat nach einem orkanartigen Sturm und Regengüssen heftiger Schneefall eingesetzt. In Oberbräuntenberg bei der Kirche Wang liegt der Schnee bis einen halben Meter hoch. Auf dem Kamm sind Schneewehen bis zu einem Meter anzutreffen. Der Schnee liegt bis 600 Meter herab. Ein furchtbarer Sturm, der von Hochwasser begleitet war, ist über die Klefer Förde hinweggebraut. Zahlreiche Straßen sind überflutet. Darsenbrücken beschädigt, Boote zum Sinken gebracht. Einige Dampfer sind im westlichen Teil der Ostsee gestrandet. In Mainz stürzte das große Zelt des zurzeit dort spielenden Zirkus Holzmüller infolge des Sturmes zusammen. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen, da die Polizei das drohende Unheil rechtzeitig bemerkte.

Einsturz eines Kirchturms. Dem Sturm, der Sonntag im ganzen Rheinlande wütete, sind in Esch leider auch Menschenleben zum Opfer gefallen. Nach Beendigung des Nachmittagsgottesdienstes für die Schulkinder hielt die Lehrerin die Kinder wegen des Sturmes länger in der Kirche zurück. Plötzlich kam der Kirchturm ins Wanken, fiel herunter und durchbrach das Dach der Kirche. Sechs Kinder waren sofort tot, weitere sechs wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt.

Moderne Räuberruweisen. In der Ortschaft Guten-Bermendorf fuhr in schneller Fahrt ein mit 12 Männern besetztes Automobil beim Hause des Bauerngutsbesizers Sommerfeld vor. Mit vorgehaltenen Revolvern hielten die Männer die Hausbewohner in Schach und durchsuchten gründlich alle Räume. Es fielen den Räubern u. a. auch 4000 Mark Kirchengelder in die Hände. Außerdem raubten sie noch 12 000 Mark Kartoffelgelder, die erst eingegangen waren, Gold- und Silberfachen, Schmuckfachen, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, Wurst- und Fleischwaren. Alle Nachforschungen blieben bisher ohne Erfolg.

Ein rätselhafter Doppelmord. In Platenhof, einer kleinen Ortschaft im Kreise Danzig, ist ein rätselhafter Doppelmord verübt worden. Der Hofbesitzer Mecklenburger wurde, als er nachts in die Scheune ging, durch drei Schüsse niedergestreckt. Als sich seine Frau auf die Schiffe gleichfalls in die Scheune begab, wurde auch sie durch einen Schuß in den Kopf getroffen und brach tot zusammen. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurden drei Arbeiter verhaftet. Man vermutet einen Räuberakt.

Eine Kohlenzeche in Flammen. Ein großes Feuer brach auf der Braunkohlen-grube Alwiner Bergbauverein bei Halle aus. Ein mächtiges Lager Baggergeschwelle sowie die Kiesverladung wurden ein Raub der Flammen. Die Förderanlagen selbst konnten, da der Wind günstig stand, geschützt werden.

Ein 15jähriger Großbrandstifter. Ein Brandstifter, durch dessen Tätigkeit die ländlichen Bewohner in der Nachbarchaft

von Coburg seit Wochen in schwere Aufregung versetzt wurden, ist jetzt ermittelt worden. Es ist ein erst 15-jähriger Korb-...

• Eine Drahtseilfalle für Automobile. Ein auf der Chaussee von Kremen nach Berlin fahrendes Automobil aus Me...

• Waldbrand in Bulgarien. Seit Tagen wütet in dem großen zusammenhängen-

• Der Sturm in der Kieler Förde hat dort großen Schaden angerichtet. Von der Bockholmer Abwrackstelle wurde das...

• Die Mörder Datas. Die spanische Regierung hat an die Reichsregierung offiziell das Ersuchen um Auslieferung der...

• 13 Gebäude niedergebrannt. In der Nacht zum Dienstag ist im Anwesen des...

• Razzia vor der Danziger Börse. In Danzig war schon lange neben der legitimen Börse eine sogenannte „schwarze Börse“...

• Gebühren für die Inanspruchnahme der Wohnungsdächer sind jetzt von verschiedenen Städten eingeführt worden. So erhebt die thüringische Stadt Camburg...

• Der erste Schnee hat sich unter Sturm und Regen, die großen Schaden angerichtet haben, in weiten Gebieten Deutschlands gezeigt.

Aus aller Welt.

• Unser schönstes Weihnachtslied. Wohl aus Hunderten von Millionen Schellen erklingt an jedem deutschen Weihnachtsfeste das ehemals nur als Volkslied...

aus dem Allertal“ bekannte und bezeichnete tief ergreifende „Stille Nacht — heilige Nacht“ — Ein jeder fühlt sich in seinem Innersten gepackt von der schlichten und doch so mächtigen Melodie dieses Liedes, das ihn zurückführt in die elaine Kindheit.

• Argentinische Industriekäufe in Deutschland. Wie Havas aus Buenos Aires meldet, hat die argentinische Regierung beschlossen, von deutschen Firmen 70 Waggon, 17 Krane und verschiedenes Material im Gesamtwert von 850 000 Pesos zu kaufen.

• Spruchbänder für den Christbaum. Neuerdings sieht man viel selbstgefertigte Spruchbänder, die sich um die oberen Zweige des Weihnachtsbaumes schlingen und auf welche der alte Weihnachtspruch „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen gestiftet wurde.“...

• Das Gewicht des Regens. Man spricht sich wohl selten darüber aus, was für eine Menge Wasser selbst bei einem bescheidenen Guss aus den Wolken herniederkommt. Und man muß geradezu ein ausführliches Rechenexempel aufmachen, wenn man sich über die Größen klar werden will, um welche es sich handelt. Was wiegt ein Guss?...

Belten wieder zu wenig Niederschlag spenden. Es würde also gar nicht Besonderes sein, wenn beispielsweise 3 bis 4 Millionen Ailo Wasser auf den Quadratkilometer niedergingen! Nun muß man bedenken, daß diese Fläche immer noch verhältnismäßig klein ist, und daß es darum ganz ungeheure Massen sind, die bei einem stichtigen Guss über ein größeres Gebiet ausgeschüttet werden.

Paris, 9. November. Als Antwort auf die englischen Angriffe gegen den Anzora-Vertrag veröffentlicht der „Matin“ ein am 2. September 1919 zwischen Beauftragten der englischen Regierung und dem Sultan abgeschlossenes Geheimabkommen, das England zahlreiche Vorteile sicherte, wofür der Sultan große Mustafa Kemal von England unterstützt werden sollte.

• Nach Pariser Meldungen soll die Reparationskommission beabsichtigen, von der deutschen Regierung sofort 100 bis 200 Millionen Goldmark als Vorschuss auf die Januarrate zu fordern.

Die Beamtenbelohnung.

Annahme der Befoldungsreform im Reichsrat.

Der Reichsrat hat am Montag den Entwurf des neuen Beamtenbelohnungsgegesetzes mit Stimmenmehrheit angenommen. Die Ausschüsse hatten sich für Annahme des Regierungsentwurfs erklärt, freilich unter der Voraussetzung, daß Sicherheit dafür besteht, daß auch im Reichstag der Entwurf ohne Änderung angenommen wird, und daß weiterhin die Reichsregierung eine noch näher zu formulierende Erklärung des Inhalts abgibt, daß sie sich bereit erklärt, in gewissem Umfang die Mehrkosten, die den Ländern durch die Neuregelung der Befoldung erwachsen, und, soweit erforderlich, auch den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz tritt rückwirkend vom 1. Oktober in Kraft.

Der Vertreter Thüringens gab eine Erklärung ab, wonach die thüringische Beamtenkammer über die starke Differenzierung der Gehälter zwischen den unteren und oberen Gruppen entsetzt sei und vor allem die neuen Sätze für die unteren Gruppen als völlig unzureichend ansehe. Die thüringische Regierung sei daher nachträglich für eine weitere Verbesserung bei den unteren Gruppen eingetreten und protestiere in vielem gegen den Umfang der Erhöhung in den oberen Gruppen. Ähnliche Erklärungen gaben die Vertreter von Hamburg und von Lippe ab.

Für die möglichst umgehende Ausbesserung der erhöhten Bezüge an die Beamten ist Sorge getragen, sobald der Reichstag die Vorlage verabschiedet hat.

Handel und Verkehr.

• Die Aufbringung der Getreidemulage. Der Pressedienst des Reichslandsbundes teilt mit: „Nachdem das Gesetz über die Getreidemulage einmal angenommen war, haben alle landwirtschaftlichen Kreise ohne Ausnahme mit ihrem ganzen Einfluß hinter die Durchführung des Gesetzes und die Aufbringung der Umlage sich gestellt. So große berechnete Bedenken und Beschwerden auch bei der Durchführung des Umlageverfahrens in den einzelnen Provinzen und Landesstellen erhoben wurden, die organisierte Landwirtschaft hat alle Bedenken zurückgestellt und die gesetzlichen Forderungen erfüllt. Bekanntlich ist die Umlage in verschiedenen Zwischenräumen abzulefern, ein Viertel bis zum 15. Oktober, das zweite Viertel bis zum 15. Dezember und der Rest bis zum 28. Februar. Da die Gesamtumlage 2 1/2 Millionen Tonnen und mit dem 10prozentigen Zuschlag der Länder 2 7/8 Millionen Tonnen gleich 55 Millionen Zentner beträgt, so wären bis zum 15. Oktober nur 13,75 Millionen Zentner Getreide ablieferungspflichtig gewesen. Tatsächlich sind aber bis zum 25. Oktober, wie auf der Konferenz der Ernährungsminister in Oldenburg festgestellt wurde, bis zum 25. Oktober bereits 21 318 000 Zentner abgeliefert. Damit ist die Brotversorgung bis zum kommenden Frühjahr völlig sichergestellt.“

• Die Suche nach deutschen Bodenschätzen ist, seitdem der Verlust eines Teils von Oberschlesien drohte, bei uns mit regem Eifer wieder aufgenommen worden, doch ist nach Anschauung der Sachverständigen an Kohlen und Eisen keine bedeutende Menge zu erwarten. Mit unbedingter Sicherheit ist diese Frage aber wohl kaum schon zu bejahen, weder im Rheinland und Westfalen, noch in Mitteldeutschland sind die Grenzen für Kohlen endgültig festgestellt worden. Auch die Mutter Erde hat ihre Launen, und der Zufall scheinbar mitunter Schätze, die nicht für möglich gehalten werden. Vor allem erscheint das Landgebiet zwischen Thüringen und Harz einer genaueren Untersuchung noch recht würdig. Im Saalegebiet hat man neue Braunkohlenlager zu bebauen begonnen.

• Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens einschließlich der linksrheinischen Bezirke ist im Monat Oktober 1921 nach den vorläufigen täglichen Abrechnungen in 26 Arbeitstagen auf 7,81 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Im September d. J. hat die Kohlenförderung 7,85 Millionen Tonnen in 26 Arbeitstagen betragen.

• Die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Die Teuerung hat im Monat Oktober infolge der rasch fortschreitenden Entwertung der Mark weiter stark zugenommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebung...

gen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf 1,148 (gegenüber 1,062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913-14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 v. H., gegenüber Januar d. J. um 41,4 v. H., gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 v. H. Neben einer mäßigen Steigerung der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe und für die Wohnungsmiete haben in der Hauptache erhöhte Aufwendungen für die Ernährung das Anwachsen der Indexziffer veranlaßt. Die Indexziffer für die Ernährung allein ist im Oktober auf 1,532 (gegenüber 1,418 im September) gestiegen. Zu dieser Erhöhung trugen teilweise recht beträchtliche Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei, nur der Brotpreis hat sich durchschnittlich nicht geändert, die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben etwas nachgelassen. Dagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer geworden. Besonders groß sind die Preissteigerungen für Hülsenfrüchte, Fette und Eier. Auch für Fleisch und Käse haben die Preise zugenommen, während für Nahrungsmittel die Preisbewegung nicht einheitlich war.

• Die Gesamtschuldener. Der Deutsche Ausschuss für Erziehung und Unterricht hat in Weimar die Frage der Schuldener, in der er eine Eingabe an die Regierung gerichtet hatte, um für Abkürzung der höheren Schule auf acht Jahre einzutreten, noch einmal erörtert. Er hat dabei festgestellt, daß für eine einheitliche Regelung zurzeit noch gewisse Voraussetzungen fehlen. Weiter fordert er, daß Versuchsschulen mit weniger als neunjähriger Dauer nicht verhindert werden. Endlich wünscht er eine Durchsicht der Bedingungen für die Reifeprüfung, welche eine größere Bewegungsfreiheit auf der Oberstufe gewährleisten sollen. Die Regierung hat seinerzeit gegen Versuchsschulen mit achtjähriger Dauer nichts einzuwenden gehabt, wenn sie auf Gefahr der Schulwaire und der Eltern eingerichtet werden, doch hat sie sich vorbehalten, gegebenenfalls die den neunjährigen höheren Schulen zustehenden Berechtigungen diesen Versuchsschulen nicht zu erteilen. Soviel wir im übrigen wissen, werden gegenwärtig im Kultusministerium die Vereinbarungen der Regierungen betreffs der Reifezeugnisse einer Revision unterzogen, bei der zugleich die Bewegungsfreiheit auf der Oberstufe berücksichtigt wird.

• Rückgang der deutschen Ausfuhr nach England. Im Unterhause teilte Baldwin mit, daß die Einfuhr Deutschlands in den ersten neun Monaten des Jahres 1921 rund fünfzehn Millionen Pfund Sterling betragen habe gegenüber 20 Millionen Pfund Sterling und 58 Millionen Pfund im Jahre 1913.

• Berliner Börsenbericht vom 9. November. Die Neuregelung des Devisenverkehrs und insbesondere die in Aussicht genommenen Kontrollmaßnahmen bei künftigen Devisenkäufen haben naturgemäß ihre Einwirkung auf die Preisgestaltung am Devisenmarkt nicht verfehlt. Die Tendenz selbst zeigte starkes Zurückgehen des in den letzten Tagen so bedeutend emporgeschwellten Kurzes für sämtliche fremden Zahlungsmittel, da einerseits die Spekulation zu starken Gewinnrisiken schritt und gerade in den letzten Tagen schon sehr große Anschaffungen von Devisen für die Industrie vorgenommen wurden, die nun auch zum Teil gedeckt ist und Zurückhaltung bewahrt.

• Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am:

Table with 4 columns: Currency, 8. 11., 8. 11., 1914. Rows include 100 holl. Gulden, 100 belg. Franken, 100 dän. Kronen, 100 schwed. Kronen, 100 ital. Lire, 1 engl. Pfund, 1 Dollar, 100 franz. Franken, 100 schweiz. Franken, 100 schwed. Kronen.

• Berliner Warenmarkt vom 9. November. Amtliche Notierungen für 50 Kilo: Weizen 390-400, Roggen 300-310, La Plata-Mais 310-315, Weizenmehl (100 Kilo) 980-1100, Roggenmehl (100 Kilo) 750 bis 825, Weizen- und Roggenkleie 195-205, Raps 650-680, Viktoriaerbsen 450-500, kleine Speiseerbsen 350-420.

• Berliner Schlachtviehmarkt vom 8. November. Auftrieb: 2116 Rinder, 1350 Kälber, 4841 Schafe, 6191 Schweine, 178 Ziegen, 40 Schweine aus Litauen. Preise für ein Zentner Lebendgewicht: Schen 600 bis 900, Bullen 600-850, Kühe 650-850, Kälber 650-1425, Schafe 325 bis 650, Schweine 1200-1750, Rinder und Kälber alalt, Schafe und Schweine ruhig. Fette Schweine über Notiz.

Feinschmecker and Kaffeekenner wissen es: Bohnenkaffee, Korn, Gerste oder Malz müssen mit Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz gekocht sein. Kein anderer Zusatz ist so rein u. so ausgezeichnet im Geschmack. Haben Sie noch nicht selbst versucht? Zu haben in den einschläg. Geschäften. Großes Silberpaket Mk. 3.00 - Original-Dose Mk. 3.60

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Marlitt.

6) (Nachdruck verboten.)

Sofort eilten die raschen Schritte der Pfarrerin die Treppe herauf und ehe sich die Damen dessen versehen, stand sie in der Tür. Dort sah ihr „Derzblättchen“ ausgestoßen und verlassen auf dem kalten Fußboden, und die vornehmen Frauen gestarrten auf dem Sofa schmeigten sich aneinander, als könne der Raum zwischen ihnen und dem Kinde nicht weit genug sein.

Nicht ein Wort kam über die Lippen der beleidigten Mutter, nur eine tiefe Blässe bedeckte für einen Augenblick das blühende Gesicht. Sie hob ihren Kraben empor und presste ihn heftig an sich; dann wickelte sie ihn in das warme Tuch und schritt nach der Tür zu. Dieses lautlose Schwelgen, die fast königliche Haltung der einfachen Frau, die es unter ihrer Würde hielt, ihrem tiefverletzten Gefühl Ausdruck zu geben, imponierten selbst der gewiegten Weltkame auf dem Sofa.

„Meine beste Frau Pfarrerin.“ rief sie, leicht verlegen, aber mit einschmeichelnder Stimme ihr nach. „Ich bedaure, daß wir den kleinen nicht besser beschäftigen konnten, aber er war sehr unruhig, und Fräulein von Böttlingen ist doch noch zu sehr angegriffen.“

„Ich kann es mir selbst nicht verzeihen, daß ich mir das nicht besser überlegt habe.“

antwortete die Pfarrerin einfach ohne Vortext, und ging hinaus.

D. Kapitel.

Unter im engen Studierstübchen sah der Pfarrer bereits an seinem altertümlichen kleinen Spinnet. — Um ihn bei stunden keine Kinder, pausende Köpfe, wie sie drüben in der Stube über und neben der alten Lärz als Seraphim und Cherubim schwebten. Alle die strahlenden Blauaugen hingen erwartungsvoll an dem Gesicht des Vaters. Er vergrübelte die eintretenden Samen mit einer nummen Berührung, dann griff er voll in die Läden, und jetzt, glöckchenhell leuchteten die Kinder ein: „Gloria sei Gott in der Höhe, der Herr ist geboren.“

Beim Schlusse des Verleses öffnete die Pfarrerin langsam die Tür des Nebenimmers, und der Glanz des Weihnachtsbaumes stieß heraus. Die Kinder stürzten nicht jubelnd hinüber — schon traten sie über die Schwelle.

Die kleine Gräfin aber stand da mit dem Ausdruck der Enttäuschung im Gesicht — das sollte ein Christbaum sein? Diese arme kleine Fichte mit den wenigen jadedünnen Nadeln, die auf den Zweigen? Unschön, keine rote Kugel, keine, die das vornehme, fränkische Kind nicht einmal ehen durfte, und einige zweifelhaft gezeichnete Figuren aus braunem Pfeifertuchen — das waren die ganzen Wunderdinge, die sich da droben schauten. Und drüben auf dem großen weißen Tisch saßen Schiefer-

tafel, Schreibstühle, Bleistifte — lauter Dinge die sich ganz von selbst verstehen; dagegen hatte doch das Christkindchen nicht vom Himmel herabzuheizen gebraucht! . . .

Und doch, wie jubelten die Kinder jetzt, nachdem die Ecken überwunden war. Das stumme Bestreben der kleinen Gräfin bemerkten sie nicht — sie hatten es ja nicht einmal begreifen; sie sahen auch nicht das unpertinente Lächeln, das bereits beim Anstimmeln des Choral auf Frau von Herbeds Gesicht erschienen war und sich auch jetzt noch behauptete. Und der Vater trug das jauchzend lallende Fröhchen auf dem Arm — er hatte vollaus zu tun, alle die Vorkundigkeiten pflichtschuldigst zu bewundern, ihm blieb keine Zeit, die Gesichter seiner Gäste zu prüfen.

Er zog sich übrigens, nachdem der Weihnachtsbaum ausgelöscht war, in seine Studierstube zurück; einer seiner Kollegen war plötzlich erkrankt, er hatte deshalb eine Predigt mehr für die Feiertage übernommen und mußte sich noch vorbereiten.

Frau von Herbed und Zutta hatten sich gleich zu Anfang der Besprechung auf das Sofa geflüchtet — dort waren wenigstens die Kleideräume in Sicherheit vor den rücksichtslosen „Panturenstücken“.

Nun wurde der vor ihnen stehende Tisch gedeckt; die alte Rosamunde brachte eine riesige Porzellananne voll Tee aus der Küche, um die sie eine Schar blinkender sauberer Steinquittaffen gruppierte, während die Pfarrerin einen Keller voll frisch-

gebakenen Kuchens, eine Schüssel köstlicher Butter, Honig und ein derbes Schwarzbrot hinstellte.

Die kleine Gräfin wandte sich logisch weg von diesem Weihnachtsbrot — trübsamer Kuchen und Schwarzbrot waren ihr streng verboten. Sie kreuzte die Hände wie ein Professor auf dem Rücken und sah dem Treiben der anderen Kinder ernsthaft an. Der „Dide“ sah auf einem arellrot gestrichenen Gaul und rollte unter „O!“ und „Gott!“ durch die Stube.

„Das ist ein sehr häßliches Pferd.“ sagte Gisela, als er an ihr vorbeifuhr.

Der begeisterte Reiter hielt erboht inne. „Es ist nichts häßlich, was einem das Christkindchen bringt.“ entgegnete er tief empört — sein kleines Herz war ja voll anständiger Dankbarkeit gegen das Christkindchen.

„Wirkliche Pferde sind gar nicht so rar und haben auch niemals solche steife Schwänze.“ kritisierte das kleine Mädchen unbeirrt weiter. „Ich will dir lieber meinen Elefanten schenken — der läuft von selber durchs Zimmer, wenn man ihn mit dem Schlüssel auszieht; eine Prinzessin sitzt drauf; die nicht mit dem Kopfe.“

„So, eine Prinzessin sitzt drauf?“ unterbrach sie der „Dide“ überlegen. „Wo finde ich denn neher? Da ist mir mein Gaul doch viel lieber — ich will deinen alten Elefanten gar nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Der auf Mittwoch, den 23. November ds. J., festgesetzte Rindvieh- und Schweinemarkt wird abgehalten.

Nastätten, den 8. November 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Wer im Jahre 1922 ein Gewerbe im Umherziehen betreiben will, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anträge auf Erwirkung der Wandergewerbebescheinigung bis spätestens zum 25. ds. Mts. auf dem Bürgermeisterei zu stellen sind.

Nastätten, den 9. November 1921.

Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Am 15. November ds. J. findet hier im „Hotel Guntrum“ von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr eine Beratungsfunde für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene statt.

Nastätten, den 8. November 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Kaiser-Wilhelm-Heim in Nastätten am **Dienstag, den 15. November**, nachmittags 3 Uhr, für die Orte Nastätten, Buch und Delsberg statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.

Säuglingsfürsorge Kreis St. Goarshausen.

K. 2/21. — 7. —

Zwangsvorsteigerung

zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in der Gemarfung Nastätten belegenen, im Grundbuche von Nastätten, Band 1, Blatt 21, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Landwirts Martin Franz und der Eigentumserben seiner verstorbenen Ehefrau Jakobine geb. Korn in Nastätten nach Nassauischem Leitzuchtsrecht eingetragenen Grundstücke:

1. Kartenblatt 4 Parzelle Nr. 68/74 etc. Wohnhaus mit Hofraum 2 ar 79 qm groß 71/6229 Schune und Hofraumanteil 120 Mark Gebäudesteuer- und Hofraumanteil 68/74 Stall etc. 18 Rheinstraße Nr. 18
2. Kartenblatt 4 Parzelle Nr. 675 — Gärten — Hostergärten — 3 ar 09 qm groß 61/100 Tir. Grundsteuerreinertrag Grundsteuermusterrolle 324 Gebäudesteuerrolle 212

am 9. Januar 1922, vormittags 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 2 — versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. September 1921 in das Grundbuch eingetragen.

Nastätten, den 2. November 1921.

Das Amtsgericht.

Ich wasch' bei Euch im Haus nur dann
Wenn ich Persil bekommen kann!



Kein Waschbrett, kein Reiben und Bürsten; schnelles und leichtes Waschen bei größter Schonung des Gewebes.

PERSIL
das beste selbständige Waschmittel von größter Waschwirkung Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Moderne Lichtspiele in der Turnhalle zu Nastätten

Sonntag, den 13. November 1921:
Der neue grosse Gloriafilm der „UFA“-Berlin

Die Verschwörung zu Genua

(historischer Prunkfilm in 6 Akten)
Hauptrolle: „Hans Mierendorff“.

Veräumen Sie nicht, dieses wirklich erstklassige grosse Filmwerk anzusehen.

Ausserdem:
„Die Zwillinge des Herrn Sebastian“
(urfrühes Lustspiel in 2 Akten).
Anfang 6 und 8 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 16. November:
HENNY PORTEN
in dem grossen Film
Monika Vogelsang

Beachten Sie die Reklame am „Hotel Krone“

Puppen-Perücken

für Weihnachten sowie alle anderen

Haar-Arbeiten

auch aus ausgekämmten Haaren werden gut und billig angefertigt im

Friseurgeschäft Anton Kern Nastätten: Hauptstraße.

Ich zahle die höchsten Tagespreise für Lumpen, gestricke wolle Lumpen, Wolle und Meutuch-Abfälle, sowie Alt-Papier und Knochen.

O. Mannheimer,
Nastätten.

Wagen-, Leder-, Maschinenfette
Maschinen-, Motoren-, Cylinderöle, Centrifugenöle, Carbolineum (garantierte Friedensqualitäten) empfehlen

Gebr. Hiestand
Del- und Fettgroßhandlung
Hofheim i. Es., Telefon 110.
Niedertage für Mieten u. Umgebung bei
David Groß, Miehlen, Qundsgasse.

Verein „Aurora“

Nastätten.
Samstag, den 12. November, abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im Vereinslokal „Zur Witte“, wozu freundlichst einladet
Der Vorstand.

Mädchen,

das nähen und die übrige Hausarbeit kann. Kleine Familie, gute Kost und Behandlung, Lohn nach U bereinkunft.

Frau Rentner Giesbertz
Wiesbaden
Herrengartenstr. 18, Tel. 1470.

Herings- und Rollmops tonnen

(zum Teil mit Eisenreifen), mehrere Hundert leere

Margarinefisten

und sonstige

größere Risten

billigt zu verkaufen bei
Eduard Schüler,
Nastätten.

„Pecuphosphin“

vielversährtes erprobtes Mittel gegen Knochenschwäche und Steifheit der Glieder bei Jungvieh.
Zu haben:
Apotheke in Nastätten.

Hotel zur alten Post, Nastätten.

Sonntag, den 13. November 1921
abends 8 Uhr anfangend

Große Tanzmusik

in gut geheizten Sälen.
Es ladet freundlichst ein **Eduard Recken.**

Vorschuss- und Credit-Verein zu Nastätten.

Dieserigen Mitglieder, welche die erhöhten Geschäftsgutaben mit 300 Mark vor Jahreschluss einzahlen, treten mit dem 1. Januar 1922 in den Genuß der Dividende für das Jahr 1922.

Große Auswahl in Nähmaschinen

Lang-, Schwing-, Ring- und Zentralstichmaschinen in Rußbaum, hell und dunkel Eiche, poliert, hochstehend und versentbar, zu noch billigen Preisen
Sämtliche Ersatzteile und Zubehör!

Reparatur-Anstalt, Fahrrad- und Maschinen-Geschäft
Oberstraße 6 **J. Deckert** Telefon 77

Flügel Pianos

Mand - Knauss - Kappler

in la. Friedens-Qualität
zu bequemen Zahlungsbedingungen.

C. MAND

Telefon 5 - COBLENZ - Schlossstr. 36-38

Puppenperücken und **Saar-Uhrfetten**
werden von ausgekämmten Haaren angefertigt.
Damen- und Herrenfriseurgeschäft **Albert Spriestersbach**
Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Nur für Wiederverkäufer!
Veräumen Sie nicht die große Weihnachtsausstellung zu besuchen bis zum 15. November in Nassau (Lahn). Glas-, Porzellan-, Kurz-, Spiel- und Korbwaren, Geschenk-Artikel.

Albert Rosenthal

Nassau (Lahn).

Zur Herbst- u. Winter Saison

empfiehlt zu vorteilhaften Preisen:
!! Feine Herren-Stoffe !!
herren-Hüte und Mützen in neuesten Formen und Farben,
Herren-Winterhandschuhe eleg. Kragenschals . mod. Krawatten

Heinrich Heuser,

Wäschneiderei und moderne Herren-Anstaltung
Oberstraße 6 Telefon 77